

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

## Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/126: 11.03.1953 – 05.10.1953

### 11.03.1953

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (11/1953) veröffentlicht am 11. März 1953 einen Kommentar des Radiomoderators Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) vom 14. Februar 1953 über "Selbstmörderische Humanität): >>... Sie wissen, daß im Laufe des Januars mehr als 30.000 Menschen aus der Ostzone geflüchtet sind, die Unregistrierten nicht gerechnet.

360.000 Flüchtlinge im Jahr – das bedeutet die Notwendigkeit, für mindestens 120.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet, wie das Ministerium Blücher in Bonn mitteilt, etwa 10.000 Mark – Arbeitsplätze für 120.000 Arbeitsplätze kosten also 1,2 Milliarden. Für 360.000 Flüchtlinge Wohnungen zu bauen, eine Wohnung für durchschnittlich 4 Personen, also 90.000 Wohnungen zu je 15.000 Mark – auch diese Zahl stützt sich auf amtliches Material -, 90.000 Wohnungen zu bauen kostet 1,35 Milliarden. ...

Die direkte und indirekte Hilfe für Berlin beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden, ohne daß damit etwa eine finanzielle und wirtschaftliche Sanierung der Stadt möglich wäre. –

Wir haben in der Bundesrepublik eine bleibende Anzahl von einer Million Arbeitslosen - sie bleibt, obgleich Jahr für Jahr die Anzahl der Beschäftigten zunimmt und obgleich sie längst höher ist, als sie jemals war. Sie kann nicht geringer werden, solange der Strom aus dem Osten fließt. Sie kann ebensowenig geringer werden wie die Reihe von Milliardenzahlen, die ich Ihnen eben genannt habe. ...

Eine solche Belastung hielte auf die Dauer kein Staat der Welt aus – kein Staat und kein verantwortliches Ministerium. Das schafft nur Jakob Kaiser. -

Amerika mit dreimal mehr Menschen und fünfzehnmal größeren Etat erlaubt in jedem Jahr 154.000 Menschen die Einwanderung - und diese 154.000 sind ausgesucht nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie sind gesiebt und durchleuchtet, begutachtet und kontrolliert.

Wir aber, voll selbstmörderischer Humanität, nehmen mehr als doppelt so viele auf, obgleich nur 3 % von ihnen echte politische Flüchtlinge sind, die wirklich wegen Gefährdung von Freiheit und Leben fliehen.<<

### 21.04.1953

**DDR:** Die lutherischen Bischöfe protestieren am 21. April 1953 gegen den verschärften Kirchenkampf der SED.

### 22.04.1953

**Frankreich:** Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (17/1953) berichtet am 22. April 1953 über die EUROPA-VERFASSUNG: >>Unlösbare Gemeinschaft

Am 12. Mai sollen die Außenminister der sechs Staaten, die in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verbunden und durch ihre Regierungen für ein Bündnis in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen sind, den Entwurf eines Vertrages über die

Satzung der Europäischen Politischen Gemeinschaft prüfen.

Dieser Verfassungsentwurf wurde am 9. März in Straßburg den sechs Ministern überreicht und am 10. März von der sogenannten Ad-hoc-Versammlung der Montanparlamentarier und von zugewählten Abgeordneten der sechs nationalen Parlamente in Straßburg verabschiedet.

Durch den Artikel 102 dieser Straßburger Satzung wird bestimmt: "Erlangt ein Mitgliedsstaat seine Hoheitsgewalt wieder über ein Gebiet, das am 31. März 1937 einen Teil dieses Staates gebildet hat, so wird diese Satzung lediglich durch die Tatsache der Wiedererlangung der Hoheitsgewalt auf das betroffene Gebiet erstreckt."

Der letzte Satz des Artikels 1 der Satzung lautet: "Sie (die Gemeinschaft) ist unlösbar."

Wenn diese Satzung unverändert in Kraft treten sollte, wäre eine deutsche Regierung nach der Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetischen Besatzungszone zu einem deutschen Gesamtstaat verpflichtet, einen Vertrag auszuführen, der ihre souveränen Rechte, auf die zu verzichten sie nicht einmal Gelegenheit hatte, wesentlich einschränkt und eine selbständige deutsche Politik unmöglich macht.

Der Artikel 5 der Satzung stellt fest: "Die Gemeinschaft bildet mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Rechtseinheit ..."

Da diese Bestimmung Inhalt der Satzung ist, würde sie im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands die Wirkung des EVG-Vertrages und des Vertrages über die Montan-Union auf ganz Deutschland automatisch ausdehnen. Konrad Adenauer weissagte denn auch in Amerika, auch ein wiedervereinigtes Deutschland werde seiner, des Kanzlers, EVG-Politik anhängen.

Die Unterwerfung des wiedervereinigten deutschen Staates unter die Oberhoheit der Europäischen Politischen Gemeinschaft würde also nach der Satzung automatisch und ohne weiteres kommen, ein entsprechend größeres Gewicht der Deutschen in dieser Gemeinschaft dagegen nicht. Um die deutsche Fraktion in der "Völkerkammer" zu verstärken, bedürfte es eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrats unter Zustimmung der Völkerkammer.

Durch dieses Verfahren sind aber die Rechte eines kommenden Vierzonen-Deutschland auf angemessene Vertretung, die sich aus dem Anschluß der deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik für die EVG und die Montan-Union ergeben, noch nicht gewährt. Der Ministerrat muß über die Neuverteilung der Stimmgewichte im Rat für Montan-Union und EVG einstimmig entscheiden.

Die Bundesregierung ist dabei durch das Grundgesetz gar nicht ermächtigt, Hoheitsrechte einer kommenden gesamtdeutschen Regierung auf übernationale Autoritäten zu übertragen; denn die Zuständigkeit der Bundesregierung ist auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt.

Artikel 23 des Grundgesetzes: "Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Diese anderen Teile Deutschlands können aber wiederum nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehören, denn nach dem Schlußartikel des Grundgesetzes tritt dieses außer Kraft, sobald das deutsche Volk in der Lage ist, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung eine neue Verfassung zu geben.

Mit dieser Bestimmung hat der Parlamentarische Rat 1949 die Möglichkeit des einfachen Anschlusses der jetzt abgetrennten oder sowjetisch besetzten Gebiete an die Bundesrepublik rechtlich unmöglich gemacht und die politische These, die Bundesrepublik sei der Kernstaat eines freien Deutschland, im rechtlichen Sinne zurückgewiesen.

Da der Bund also weder durch das Grundgesetz noch durch allgemein anerkannte Regeln des Staats- oder Völkerrechts ermächtigt ist, Hoheitsrechte über Gebiete abzutreten, die ihm nicht

angehören, sind die Artikel 5 und 102 der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft undurchführbar und die Satzung selbst für eine Regierung einer gesamtdeutschen Republik ebenso unverbindlich wie der EVG-Vertrag, der Vertrag über die Montan-Union oder ein Vertrag über die Europäisierung der Saar.

Die Verfasser der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft, unter ihnen deutsche Parlamentarier mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rechtsanwalt und Notar Heinrich von Brentano an der Spitze, haben das übersehen. In Bonn wehrten sie sich verzweifelt gegen eine Überprüfung ihrer Arbeit durch Experten der Regierung. Heinrich von Brentano, Präsident der Europäischen Verfassungskommission, erklärte vor der Presse im Kabinettsaal des Palais Schaumburg: "Wir sind selber Rechtsexperten."<<

#### **24.04.1953**

**DDR:** Die SED-Presse beschuldigt den evangelischen Jugendverband "Junge Gemeinde" am 24. April 1953, Spionagedienste für amerikanische Geheimagenten zu leisten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Junge Gemeinde" (x009/203): >>In der SBZ war nach Schaffung der SED-Regierung die Arbeit der evangelischen Jugendgruppen und Jugendverbände unmöglich geworden.

Darum wurde ein Teil der Aufgaben der selbständigen, übergebielichen Organisationen im kirchlichen Rahmen unter dem Namen Junge Gemeinde weitergeführt.

Unter dem Vorwand die Junge Gemeinde betreibe als "verlängerter Arm der amerikanischen Agenten- und Spionagezentralen staatsfeindliche Tätigkeit" ("Neues Deutschland" vom 24.4.1953) setzte zunächst eine heftige Hetze gegen die Junge Gemeinde ein.

Besonders die Arbeit der Jungen Gemeinde unter der Studentenschaft wird scharf überwacht, doch wird davor gewarnt, ihre Mitglieder, die man als "gesellschaftlich zurückgeblieben" bezeichnet, zu diskriminieren. Die Zusammenarbeit mit der Jungen Gemeinde gilt als "mit der Ehre eines Hochschullehrers nicht vereinbar". Die Arbeit der Jungen Gemeinde wird stark behindert.<<

**CSR:** Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 24. April 1953 ein Gesetz über den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft (x004/314):

>>§ 1 (1) Die Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Dekret Slg. Nr. 33/1945 verloren haben und an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, ihren Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik haben, werden tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nicht bereits früher erworben haben.

(2) Gemeinschaftlich mit dem Ehemann, gegebenenfalls gemeinschaftlich mit dem Vater oder der Mutter, werden die Ehefrau und die minderjährigen Kinder der im vorhergehenden Absatz angeführten Personen tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie das nicht bereits nach dem genannten Absatz geworden sind, falls sie ihren Wohnsitz im Gebiet der tschechoslowakischen Republik haben und nicht Angehörige eines anderen Staates sind. ...<<

Durch dieses Gesetz über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft wird allen Personen deutscher Nationalität, die noch in der tschechoslowakischen Republik wohnen, automatisch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wird und alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigt, wird u.a. mit der Gleichberechtigung und dem Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet (x004/133).

#### **01.05.1953**

**DDR:** Die Bevölkerung wird ab 1. Mai 1953 nach Häusern und Häuserblocks zusammengefaßt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Haus- und Hofgemeinschaften" in der SBZ (x009/177): >>Seit Mai 1953 erfolgte die Zusammenfassung der

Bevölkerung nach Häusern und Häuserblocks im Rahmen der Nationalen Front.

"Sie sind die kleinsten, bis in die Familien reichenden Gemeinschaften und bieten große Möglichkeiten für die individuelle Aufklärung und für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller Schichten".

Die Haus- und Hofgemeinschaften sollen mindestens einmal im Monat unter Leitung eines Agitators über die aktuellen politischen Ereignisse und Maßnahmen der Regierung "diskutieren". Außerdem werden die Haus- und Hofgemeinschaften zu gemeinschaftlichen "freiwilligen" Arbeitseinsätzen herangezogen; u.a. sollen sie alle Reparaturarbeiten in ihren Häusern möglichst selbst ausführen.

Von der Bevölkerung abgelehnt, stehen die Haus- und Hofgemeinschaften vielfach nur auf dem Papier, doch wird neuerdings versucht, in Verbindung mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit auch die Haus- und Hofgemeinschaften zu aktivieren.<<

### **19.05.1953**

**BRD:** Am 19. Mai 1953 tritt das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge ("Bundesvertriebenengesetz") in Kraft.

Dieses Gesetz (BVFG) regelt offene Rechtsstellungs- und Eingliederungsfragen. Es schafft eine bundeseinheitliche Regelung, wer Heimatvertriebener, Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling ist und gibt Richtlinien für weitere Eingliederungsmaßnahmen (Ergänzung zum Lastenausgleichsgesetz und den z.T. außer Kraft gesetzten Landesflüchtlingsgesetzen).

Nach dem Bundesvertriebenengesetz werden z.B. unterschieden:

1. Heimatvertriebene und Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Ausweisungsmaßnahmen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ("A-Ausweis") oder aus dem Ausland vertrieben wurden ("B-Ausweis");
2. Flüchtlinge, die aus dem Gebiet der SBZ (DDR) in die Bundesrepublik Deutschland kommen ("C-Ausweis").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetzonen-Flüchtlinge" (x009/131): >>... Nach dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 gilt als "Sowjetzonen-Flüchtling": ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz in der SBZ oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.<<

### **28.05.1953**

**DDR:** Die SED-Regierung ordnet am 28. Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 % an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsnorm" in der SBZ (x009/32): >>In der SBZ nach dem sowjetischen Vorbild allgemein eingeführte Bemessungsgrundlage des Lohns bei der Ausführung von Arbeiten im Stücklohn.

Als Arbeitsnorm gilt entweder die Menge der Arbeitseinheiten, die in einer bestimmten Zeiteinheit zu fertigen sind ("Stücknorm") oder die vorgegebene Zeit, in welcher eine bestimmte Arbeitseinheit herzustellen ist ("Zeitnorm"). ...<<

Die Sowjetische Kontrollkommission wird am 28. Mai 1953 in eine Hohe Kommission umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>Am 28.5.1953 erfolgte die Umwandlung von SKK (Sowjetische Kontrollkommission) in eine Hohe Kommission unter Ernennung W. Semjonows zum Hohen Kommissar und deren Verkleinerung auf 1/3 ihres vorhergehenden Umfangs (19.6.1954).

...<<

### **29.05.1953**

**BRD:** Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...

4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.

5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.

6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.

7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

### **03.06.1953**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/127-128): >>3. Juni 1953 ... Friedland ist schöner geworden. Wenn der Ausdruck "schön" für ein Lager überhaupt gebraucht werden kann.

Aber Lagerleiter Dr. Freßen hat es durchgesetzt, daß endlich die alten Nissenhütten zum großen Teil verschwinden und Holzbaracken an deren Stelle treten. Wege werden angelegt oder befestigt, Grünflächen geschaffen und Bänke mit Sonnenschirmen aufgestellt, Kinderspielflächen warten auf kleine Besucher und an allen Ecken und Enden wurde und wird gestrichen.

...

Aber die Um- und Neubauten deuten auch darauf hin, daß dieses Lager weiter bestehen wird. Noch lange. Denn es warten noch so viele Deutsche ... darauf, heimkehren zu dürfen. ...

"Fliehen müssen und sich heimatlos fühlen ist das schlimmste Los, das einem Menschen zuteil werden kann", sagte gestern Lagerpfarrer Krahe.

"Es ist ein Verbrechen gegen das Naturrecht, Menschen die Heimat zu nehmen, sie einfach davonzujagen, sie für vogelfrei zu erklären. Kein Mensch dieser Erde hat das Recht, einem anderen die Heimat streitig zu machen und ihn mit Gewalt von seiner Scholle zu vertreiben."

...<<

**UdSSR:** Das Politbüro der KPdSU mahnt am 3. Juni 1953 die SED-Regierung, den bisherigen radikalen "Aufbaukurs des Sozialismus" zu ändern.

### **11.06.1953**

**DDR:** Die Bezeichnung "Republikflucht" wird am 11. Juni 1953 erstmalig in amtlichen Gesetzen und Verordnungen verwendet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Republikflucht" (x009/368): >>Bezeichnung für das fluchtartige Verlassen der "DDR", zunächst nur Ausdruck des Parteijargons, seit 11.6.1953 amtlicher Ausdruck in Gesetzen und Verordnungen.

Etwa seit 1961 verschwand der Begriff Republikflucht mehr und mehr. In Vorbereitung der Maßnahmen des 13. August wurde von Abwerbung, "Kopffägern" und "Menschenhandel" gesprochen. ...

Nach der Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29.10.1953 haben Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abzugeben. Nichtabgabe zieht gemäß § 10 der Verordnung Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe nach sich. ...<<

### **16.06.1953**

**Berlin:** In Ost-Berlin protestieren am 16. Juni 1953 DDR-Bauarbeiter öffentlich gegen die

Erhöhung der Arbeitsnormen, die in der "Tribüne" (Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR) am 16. Juni 1953 angekündigt werden (x128/240): >>Der Beschluß des Ministerrats über die Erhöhung der Arbeitsnormen besagt vor allem, daß auf den Grundlagen der Verbesserungen der Arbeitsorganisation, der Qualifizierung der Arbeiter, der Anwendung neuer Arbeitsmethoden, der Verbesserung der technischen Bedingungen, der Beseitigung von Verlustzeiten und der Festigung der Arbeitsdisziplin im Betrieb die Erhöhung der Arbeitsnormen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität entsprechend den Kennziffern der Betriebe durchgeführt werden soll.

In vielen Betrieben haben die Betriebsleitungen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen gewissenhaft nach diesem Beschluß gehandelt. Es gibt jedoch nicht wenige Betriebe, die den Beschluß des Ministerrats nicht durchführten und verletzten. So wurde z.B. zum Schaden des erfolgreichen Kampfes um die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Erhöhung der Arbeitsnormen eine gefährliche und reaktionäre "Theorie" und Praxis entwickelt, die darauf hinausläuft, daß die Normenerhöhung eine Lohnsenkung zur Folge haben muß.

Die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen eine solche Auffassung, die die Autorität der Partei der Arbeiterklasse, des Ministerrats und des Präsidiums des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gröblich mißbrauchen und damit die Interessen aller Werktätigen auf das tiefste und empörendste verletzen. ...<<

**17.06.1953**

**DDR und Ost-Berlin:** Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1953) berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953: >>**Wie ich mich schäme**

In Wilhelm Zaißers ostzonalem Staatssicherheits-Ministerium herrscht große Aufregung wegen abhanden gekommener Pandekten. Seit dem 17. Juni vermißt die SSD-Filiale Halle ihre ganze Kartei der Verbindungsleute samt dem dazugehörigen Archiv.

SED-Genosse Potruba, Abteilungsleiter des Halleschen SSD, kann sich nicht erklären, wo diese Kartei geblieben ist. In der kritischen Zeit befand er sich auf einem Scheunenboden der Produktionsgenossenschaft in Gerbstedt. Dorthin war er vor der massiv anrückenden Bevölkerung geflohen.

Seit Tagen wird in Halle jeder Verhaftete befragt, ob er beim Sturm auf die alte Ortskrankenkasse, den Sitz des SSD, dabeigewesen sei. Bis dato ohne Erfolg. Denn, so merkwürdig es klingen mag, die Hallesche SSD-Zentrale wurde gar nicht gestürmt, sondern von Wohlinformierten in aller Seelenruhe ausgeräumt.

Das allerdings war wohl die einzige Aktion, die im Bezirk Halle für einen "Tag X" vorbereitet worden war. Was sich die SSD-Dialektiker als Erklärung der Arbeiter-Revolution nachträglich zurechtlegten, der angeblich "sorgfältig vorbereitete Putsch faschistischer Provokateure", erwies sich als erstaunliche Kettenreaktion der Berliner Ereignisse.

Bereits am Abend des 16. Juni waren in Halle die Ostberliner Ereignisse bekannt, und am anderen Morgen gingen die Arbeiter zwar in ihre Fabriken, nahmen die Arbeit aber nicht mehr auf. Überall in der Stadt bildeten sich Menschenansammlungen, die das Neueste erfahren wollten. Gerüchte, daß in Ostberlin die SED gefangengesetzt worden sei, wurden ebenso schnell weitergetragen wie die Parole, daß zwischen Volkspolizei und Sowjets erste Feindberührung stattgefunden habe.

Einzelne Gruppen drangen bis zu den Hallenser Partei- und Regierungsdienststellen vor und machten enttäuscht wieder kehrt: Was Rang und Parteiabzeichen hatte, war über Nacht unrühmlich getürmt. In der ersten Wagenkolonne mit sechs BMW-Limousinen befand sich die Bezirksleitung der SED.

Inzwischen hatten im Buna-Werk Schkopau und in den Leuna-Werken "Walter Ulbricht" Arbeiter ihre Lastwagen bestiegen. Sie rasten über die regennasse Chaussee in Richtung Bezirkshauptstadt Halle. Streikende Kumpel der Grube Annendorf requirierten die Alarmwagen der Volkspolizei und fegten mit blauem Licht und Einsatz-Signal über die Autobahn. Eine Stunde später grub sich die kasernierte Volkspolizei links und rechts der Autobahn feldmarschmäßig ein.

Bei Wolfen sperrten bewaffnete Arbeiter jeglichen Fernverkehr. Nur SED-Genosse Gottlieb von der "Nationalen Front" am Stresemannplatz konnte die Absperrung durchbrechen. Er hatte sich als Grubenarbeiter verkleidet und erklärte: "Ich bin vom Annendorfer Streikkomitee."

Gegen 11 Uhr, am Mittwochvormittag, zogen 20.000 Demonstranten ohne besondere Führung durch die Stadt. Die Menge trug rasch bemalte Transparente wie "Verjagt die SED-Verbrecher" und "Wir wollen eine deutsche Regierung". Am Marx-Engels-Platz wurde die SED-Bezirksleitung ausgeräumt. Einer Rotte jugendlicher Helfer der Volkspolizei, die sich der Menge entgegenzustellen wagte, wurden die FDJ-Hosen ausgezogen und gelinde Prügel verpaßt.

Bis dahin war in der Innenstadt kein Schuß gefallen. Die Volkspolizei setzte sich an den Stadtrand ab. Einige Volksarmisten zogen ihre Uniformjacken aus und marschierten im Demonstrationzug mit. Vor der VP-Haftanstalt, Kleine Steinstraße, gab es den ersten Toten. Der FDJ-Funktionär und Agrarstudent Gerhard Schmidt wurde, als er die Menge mit einer linientreuen Rede stoppen wollte, von einem Volkspolizisten in Verkennung der Sachlage als Anführer erschossen. Die Menge, die Zusammenhänge nicht ahnend, stürmte das Gefängnis und befreite 38 Inhaftierte.

Schmidt erhielt genau acht Tage später ein Staatsbegräbnis und die SED-Zeitung "Freiheit" schrieb von "feigem Mord faschistischer Provokateure".

Während die Bevölkerung Halles so weit die Macht ergriff, zog das sowjetische Kommando aus dem Raum Dessau, in dem, wie überall in der Zone, der Aufstand tobte, drei Eliteregimenter und eine Panzerschützenbrigade ab. Am Stadtrand von Halle fuhren die Sowjets rücksichtslos mit Panzerspähwagen in die Menge hinein. Drei der wahllos Verhafteten wurden ins Kastanienwäldchen gebracht und ohne Verhandlung exekutiert. Ab 15 Uhr herrschte in Halle das Standrecht der Roten Armee.

Unter dem Schutz der Sowjetpanzer tasteten sich kurz darauf die ersten olivgrün uniformierten Vopos in die Straßen der Stadt. Sie wurden aus Fenstern und Dachluken mit Blumentöpfen und alten Flaschen bombardiert. Auf dem Hallmarkt kam es zu einem Gefecht zwischen Leuna-Arbeitern, die zuvor Volkspolizisten entwaffnet hatten, und Einheiten der kasernierten Volkspolizei. Bis in die Abendstunden lagen in den Straßen Halles mehrere hundert Tote und Schwerverwundete. In der Nacht riegelten Panzer die Zufahrtsstraßen ab, Vopos und Sowjetarmisten durchkämmten die Wohnblocks nach versteckten Demonstranten.

Erst am übernächsten Tag wagten sich die SED- und Regierungsfunktionäre aus ihren Fluchtorten nach Halle zurück. Die meisten hatten auf Staatsgütern und Kolchosen die Entwicklung abgewartet, bis die Vopo sie zurückholen kam. Noch am gleichen Tag trafen die ersten zentralen Anweisungen aus Ostberlin ein:

- Unbedingt die Arbeiter beruhigen.
- Verhaftete und Erschossene als "Provokateure und Faschisten" deklarieren. Das Ganze habe als ein von Westberlin gelenkter Staatsstreich zu gelten.
- Konsequente Absperrung Halles von der Außenwelt und Ausnahmezustand für unbestimmte

Zeit.

Am dritten Tag nach dem Ausbruch war der Aufstand praktisch niedergeschlagen. Die Zahl der Todesopfer wurde auf nahezu 150 geschätzt. Die SED bezog ihre demolierten Räume. Drei schnell einberufene Sondergerichte sprachen Urteile der Regierung Grotewohls. Was sich in der gesamten Zone an angestauter Volkswut entlud, wurde auch in Halle mit Hilfe sowjetischer Panzer zusammengewalzt. Eigenbilanz der Volkspolizei in Halle: 17 Tote, ein in der Saale ertränkter VP-Kommissar und eine nicht genannte Zahl von Deserteuren. SSD-Minister Zaisser erklärte jedoch vor dem Ministerrat: Die VP beklage in der gesamten Zone und Berlin nur vier Tote.

Was Minister Zaisser weiterhin verschwieg, ist der Geheimakten-Diebstahl in Halle. Auch die findigsten SSD-Agenten wissen noch nicht, ob die V-Leute-Kartei inzwischen in Westberlin wieder aufgetaucht ist.

Ebenso ungeklärt ist noch ein anderer Vorgang, der auf "Klassenfeinde" in der Vopo-Befehlsstelle schließen läßt. Minister Zaisser weiß bis jetzt noch nicht, wer den Befehl gab, zwei Vopo-Bereitschaften von Leuna nach Weißenfeld abzuziehen. Als die Vopo Leuna gerade verlassen hatte, brach dort ein Großfeuer aus. In Weißenfeld wurde aber gar keine Vopo benötigt, weil dort genügend russische Truppen bereitstanden.

Das SED-Politbüro brauchte mehrere Tage, bis es nach internen Sitzungen endlich die auch Karlshorst genehme Sprachregelung ausgebrütet hatte. Dann hagelte es Aufrufe und Flugblätter mit erbitterten Selbstanklagen, neuen Versprechungen und einem Neun-Punkte-Sofort-Programm ("Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung"), das nun jeden Tag in der Sowjetzonen-Presse beweihräuchert wird.

Da schreiben dann achtzigjährige Frauen "spontan", wie sehr sie sich schon darauf freuen, daß nun die Stromsperrren fallen sollen, und ein Arbeits-Veteran aus Hennigsdorf spricht der Regierung seinen Dank dafür aus, daß in Zukunft bei Krankheitsfällen die Krankheitsdauer nicht mehr vom Erholungsurlaub abgezogen werden soll, was hier üblich war. So groß ist jetzt der Fortschritt.

Aber es werden auch Flugblätter verteilt, die den meuternden und wieder geduckten Arbeiter jetzt moralisch packen sollen, Flugblätter mit der Überschrift "Wie ich mich schäme!"

Darin steht, daß die so wenig vom Fortschritt der SED überzeugten Arbeiter eigentlich jedem Volkspolizisten persönlich danken müßten, "weil er nicht den Zeigefinger bewegt hat".

Wörtlich: "Vierschrötig kamt ihr daher. Sonnengebräunte Gesichter, muskulöse Arme, Nacken - gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen ... Die Volkspolizei aber ließ euch ziehen. Sie schoß nicht. Warum wohl nicht? Versetzt euch mal in die Lage eurer Genossen Volkspolizisten ... Eine kleine Bewegung mit dem Zeigefinger hätte genügt, um dem ganzen Schwindel ein jähes Ende zu bereiten. Diese kleine Bewegung mit dem Zeigefinger unterblieb.

"Unterblieb, nicht weil die Volkspolizei Angst hatte, sondern weil sie sehr, sehr mutig war. Für diesen Mut wird man der deutschen Volkspolizei künftig nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo Menschen wohnen die den Frieden lieben, sehr dankbar sein."

Und weiter: "Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen. Ihr dürft wie gute Kinder abends um neun Uhr schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der deutschen Volkspolizei."

Autor dieser Moralpredigt im Stile Ilja Ehrenburgs ist der SED-Nachwuchs-Dichter "Nationalpreisträger" Kurt Bartel (Autorenname: Kuba). Alle Minister und Spitzenfunktionäre, wie Kuba, wurden vom SED-Politbüro angewiesen, sich in dem eben gestarteten "Feldzug zur Rückgewinnung des Vertrauens" zu bewähren. Sie fahren von Großbetrieb zu Großbetrieb, um "Vertrauenskundgebungen" abzuhalten und sich - wie kürzlich sogar SED-Generalsekretär

Walter Ulbricht im Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" in Berlin-Weißensee - selbst der Kurzsichtigkeit zu bezichtigen.

Aber auf dieses dialektische Zuckerbrot folgte sehr bald wieder die Peitsche: Es wird den Arbeiter-Rebellen vorgehalten, daß der ohnehin schon überstrapazierte DDR-Haushalt durch den Juni-Aufstand einen Produktionsverlust in Höhe von 85 Millionen Mark erlitten hat. Der soll nun durch Übersoll-Leistungen, durch zusätzliche Nacht- und Sonntagschichten wieder aufgefangen werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Juni-Aufstand" in der SBZ (x009/203-205): >>Im engeren Sinne die Streiks und Demonstrationen am 16.6. und der Massenaufstand am 17.6.1953 in Ost-Berlin und in der SBZ; Reaktion der Bevölkerung der Zone auf die jahrelange Unterdrückung durch das SED-Regime, die katastrophale Lebensmittelversorgung und insbesondere auf die letzte Phase der Sowjetisierung im Zeichen des Sozialismus.

Der am 9.6.1953 vom Politbüro des ZK der SED beschlossene neue Kurs wurde mit Recht als Zeichen der Schwäche der SED-Regierung verstanden.

Anlaß zum Juni-Aufstand gab die "administrative" Erhöhung der Normen. Am 28.5.1953 wurden durch Ministerratsbeschluß die Normen allgemein um mindestens 10 % erhöht. Das kam einer Lohnsenkung um 30 bis 42 % gleich.

Der Widerstand gegen diese Maßnahme kam schon vor dem 9.6. in Protesten und Einzelstreiks zum Ausdruck. Nachdem das Kommuniqué des Ministerrats vom 11.6. bei der Verkündung des "Neuen Kurses" gar nicht auf die Normenfrage eingegangen war, löste ein Artikel in der "Tribüne" (Organ des FDGB) vom 16.6. die Ost-Berliner Demonstrationen aus.

Der Artikel hatte festgestellt: "... Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfange richtig."

Am gleichen Tag um 7 Uhr beschlossen die Arbeiter vom VEB Bau-Union in der Stalinallee den Streik und marschierten, bald durch andere Arbeiter verstärkt, zu dem in der Leipziger Straße gelegenen "Haus der Ministerien" (ehemaliges Reichsluftfahrtministerium).

Hier entwickelte sich der Streik zur Volkserhebung mit der Forderung nach freien Wahlen, besseren materiellen Lebensbedingungen und Rücktritt der SED-Regierung. Die Streikbewegung dehnte sich inzwischen auch auf die Randgebiete Berlins aus.

Volkspolizei stand bereit, griff aber nicht ein. Die SED-Gegenpropaganda versagte völlig, so durch einander widersprechende Verlautbarungen über die Aufhebung der Normenerhöhung, und sie verstärkte im Gegenteil den Ausbruch der jahrelang unterdrückten Volkswut.

Am 17.6. wurde das Ziel der Demonstration klar: der Volksaufstand wollte des SED-Regime hinwegfegen. Mit dem Marsch von 12.000 Arbeitern des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf griff die Zone in den Aufstand ein. Brennpunkte der nun folgenden Zusammenstöße mit der Volkspolizei waren die Leipziger Straße, der Potsdamer Platz, der Lustgarten, das Brandenburger Tor.

Inzwischen waren sowjetische Truppen in Stärke von mindestens 2 Divisionen mit zahlreichen Panzern und Panzerspähwagen nach Berlin geworfen worden. Vom Brandenburger Tor wurde um 11 Uhr 10 die rote Fahne heruntergeholt. Gegen 12 Uhr fielen die ersten Schüsse. Ab 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor Dibrowa, für den Sowjet-Sektor der Ausnahmezustand verhängt. Während die sowjetischen Truppen den Sturm auf das "Haus der Ministerien" verhindern konnten, wurden u.a. das Columbus-Haus, das Haus "Vaterland", Aufklärungslokale, Zeitungskioske und Parteibüros in Brand gesteckt oder demoliert.

Die Haltung der Volkspolizei war vielfach zweideutig. Zahlreiche Volkspolizisten gingen zu den Streikenden über. Infolgedessen wurden bald Volkspolizisten nur zusammen mit Rotarmisten eingesetzt. Aber auch Teile der Besatzungsarmee sympathisierten vereinzelt offen-

sichtlich mit den Demonstranten.

Ab 21 Uhr herrschte in Ost-Berlin die durch den Ausnahmezustand erzwungene Ruhe. Die Sektorengrenzen waren völlig abgeschlossen.

Die Nachricht von den Berliner Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Zone, und in fast allen größeren Städten machte sich der Volkszorn in ähnlicher Weise Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung standen, erzielten die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industriewerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befanden sich vielfach völlig in ihrer Hand, Gefängnisse und Zuchthäuser wurden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

Der Juni-Aufstand hat der Sowjetunion und dem westlichen Ausland den moralischen Zusammenbruch und die Unmöglichkeit, die SBZ zu bolschewisieren, unwiderleglich bewiesen. Er hat ferner die weit verbreitete Auffassung widerlegt, daß Volkserhebungen in totalitären Systemen unmöglich seien.

Ohne das Eingreifen der Besatzungsmacht hätte der Aufstand, obschon er in keiner Weise vorbereitet war und ihm jede zentrale Führung fehlte, wahrscheinlich zum Sturz des SED-Regimes geführt. Während des Aufstandes zeigte sich das Regime entschlußlos, erschrocken und konzessionsbereit. Viele Funktionäre gingen zu den Aufständischen über.

Nach Festigung der Lage jedoch versuchte man die katastrophale moralische Schlappe des Regimes durch die Sprachregelung zu vertuschen, der Aufstand sei von "westlichen Provokateuren und Agenten" inszeniert worden.

Solche Behauptungen werden allein schon durch das Fehlen jeglicher zentralen Führung und durch entscheidende taktische Fehler bei der Durchführung widerlegt. Der Westen hat vielmehr jegliche Unterstützung versagen müssen, weil eine Ausweitung zu einer weltpolitischen Krise vermieden werden sollte. Auch aus der Bundesrepublik wurde nur zur Besonnenheit gemahnt und vor Provokationen insbesondere gegenüber der Besatzungsmacht, gewarnt, obschon weite Kreise der Bevölkerung die Vorgänge mit leidenschaftlicher Teilnahme und großen Hoffnungen verfolgten.

Die Tatsache und das Ausmaß des Juni-Aufstandes entzogen dem Anspruch der Kommunisten, im Auftrage der Arbeiterschaft in der SBZ den "Aufbau des Sozialismus" zu vollziehen, für immer den Boden. Die Sowjets aber hätten durch Nachgeben gegenüber den maßvollen Zielen des Juni-Aufstandes ein neues Verhältnis gegenüber Deutschland herstellen und eine Politik der Verständigung einleiten können.

Die Verluste des Juni-Aufstandes sind nicht genau zu ermitteln. Der Aufstand selber hat nach verhältnismäßig zuverlässigen Angaben 267 Tote unter den Demonstranten, 116 unter den Funktionären und 18 unter den sowjetischen Truppen gefordert. Verwundet wurden danach 1.067 Demonstranten, 645 Funktionäre und 126 Sowjetarmisten. Die Zahlenangaben über Opfer standrechtlicher Erschießungen schwanken erheblich. Einschließlich der später willkürlich zum Tode Verurteilten dürften sie um 100 liegen.

Genauere Angaben wurden über die Zahl der Opfer der dem Aufstand folgenden Rachejustiz errechnet. Danach wurden 1.100-1.200 tatsächliche oder angebliche Teilnehmer zu insgesamt etwa 6.000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wachheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.

Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitglie-

derzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. ...<<

Die Regierung der DDR berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953 (x243/206, x300/209): >>... Störungen in der Wirtschaft ... (führten) zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ... Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR. ...

Am 17. Juni gelang es Agenten ... in Berlin und einigen anderen Orten der Republik, einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen zu verleiten. ... Gruppen von Provokateuren und Kriminellen ... legten Brände ... und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht. ...

Durch das entscheidende Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ... und gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. ...<<

>>... Die in der DDR stationierten Truppen durchkreuzten durch ihr entschlossenes Eingreifen die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlaß für eine militärische Intervention dienen sollten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten Seite an Seite Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige den Putschisten entgegen und setzten ihrem Wüten ein Ende.

Ernüchert durch den faschistischen Terror und die offen verkündeten revolutionären Ziele der Putschisten, wandte sich die Mehrheit der irreführten Werktätigen bald von ihnen ab und begann zu erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte. ...

Unter Führung der Parteiorganisationen der SED entfernten die klassenbewußten Arbeiter feindliche Elemente aus ihren Betrieben und halfen den Sicherheitsorganen bei der Zerschlagung zahlreicher Agentengruppen.<<

Die mitteldeutschen und sowjetischen Schüler werden später während des Geschichtsunterrichts folgendermaßen über den Volksaufstand im Juni 1953 informiert (x301/146): >>... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten.

In Berlin und in einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht.

Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.

Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert. ...

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregte den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern.

Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer-

er energisch Einhalt. Die Provokationen der Imperialisten gegen die DDR hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.

Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.

Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".

Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Widerstand" in der SBZ (x009/485): >>Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive Opposition beläßt, bestehen für Andersdenkende in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Möglichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten außer der SBZ, seit jeher gering waren, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen und Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als "feindlich" verfolgt werden.

Vor allem 4 Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten:

Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten;

überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld! -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (Junge Gemeinde);

Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin;

schließlich auch zahlreiche Vertreter der akademischen Intelligenz einschließlich des "parteilich erzogenen Hochschulnachwuchses".

Der Widerstand dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarität der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, daß das Regime trotz häufiger terroristischer Maßnahmen diesen Widerstand bis heute nicht hat brechen können.

Lediglich der Juni-Aufstand 1953 stellte eine gegnerische Großaktion von wirklich politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volkdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150.000 bis 250.000 Personen wahrgenommen worden ist, im Laufe der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereit-

schaft zum aktiven Widerstand geführt hat.

Dennoch finden sich in den Strafanstalten der SBZ 8.000 bis 12.000 politische Häftlinge. In den Jahren 1950 bis 1953 waren es etwa 25.000.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 24.06.2000) über den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 (x887/...): >>"Putsch der Faschisten": Wie linke Literaten den ersten antikommunistischen Volksaufstand der Welt denunzierten

17. Juni 1953: Die Lügen der Chronisten

Erich Mielke stellte am 31. August 1989 in einer Dienstbesprechung die bange Frage: "Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?"

Die Anspielung auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war nicht zufällig. Denn dieses Datum markierte das zentrale Trauma, das die DDR-Führung während ihrer 40jährigen Herrschaft nur verdrängen, aus objektiven Gründen aber nie überwinden konnte. Damals war offenbar geworden, daß trotz 99prozentiger Zustimmung bei den "Volkswahlen", des verordneten Jubels bei Massenaufmärschen und der endlosen Meldungen über begeisterte Planerfüllungen in den Betrieben, die SED-Politbürokraten die verhaßten Satrapen der russischen Besatzer geblieben waren. Allein die russischen Panzer hatten Ulbricht und Genossen 1953 gerettet.

Stasi-Minister Mielke war wohlinformiert darüber, daß sich an dieser Ausgangslage nichts geändert hatte und die Regierung bei einer neuen weltpolitischen Lage vom eigenen Staatsvolk hinweggefegt werden würde. Und die Weltpolitik war längst in Bewegung geraten. Die SED konnte sich nicht mehr sicher sein, ob Gorbatschow nochmals russische Panzer auffahren lassen würde!

In Westdeutschland wurde der 17. Juni als "Tag der Deutschen Einheit" begangen, eine Interpretation, die "aber schon nach einem Jahrzehnt im Zuge der wachsenden westdeutschen Bereitschaft, die Zweistaatlichkeit nach dem Mauerbau hinzunehmen, ins Wanken" geriet (Lutz Niethammer). Als arbeitsfreier Tag war der 17. Juni willkommen, im übrigen blieb er eine DDR-interne Angelegenheit, ein Tag des "Arbeiterprotests". Mit dieser Erklärung ließ der Aufstand sich sogar noch für eine linke Weltanschauung retten. Signalisierte er denn nicht einen Einsatz für einen besseren, einen demokratischen Sozialismus, aber für einen Sozialismus jedenfalls?

Die Verbindung von sozialem und politischem Protest mit dem nationalen Impuls wurde zunehmend als suspekt angesehen - eine snobistische Überheblichkeit, die 1980 auch die polnische Solidarnosc zu spüren bekam. Spuren dieses geschichtsblinden Hochmuts fanden sich noch im ursprünglichen, 1998 vorgestellten Plan für das Denkmal zum 17. Juni in Berlin wieder - eine in das Straßenpflaster eingelassene Leuchtinstallation, die die Worte schreibt: "Wer bin ich denn, daß ich sagen könnte, eine Heldentat?"

Wer so fragt, hat keine Ahnung, daß es auch Bewährungssituationen jenseits der Spaßkultur gibt!

In der DDR hat eine freie Diskussion über den 17. Juni und seine Bedeutung nie stattgefunden. Die Akten verschwanden oder wurden unter Verschuß gehalten, und eine ergebnisoffene Forschung hätte geradewegs ins Gefängnis geführt. Nachdem die russische Besatzungsmacht am Nachmittag des 17. Juni die Machtfrage geklärt hatte, legte das "Neue Deutschland" auch die Sprachregelung fest, die, von einigen Modifizierungen abgesehen, bis 1989 gültig blieb. "Zusammenbruch des faschistischen Abenteuers", triumphierte das SED-Zentralorgan am 19. Juni.

In der DDR-Literatur, einst als authentische "Gegenöffentlichkeit" hofiert, blieb der Ertrag ebenfalls mager. Die berühmte Anna Seghers folgte in ihrem Roman "Das Vertrauen" (1968) weitgehend der offiziellen Parteilinie. Stefan Heyms Buch "Fünf Tage im Juni" (1959/74) ist zwar SED-kritisch, in modernistischer Machart verfaßt und deswegen in der DDR verboten

worden, doch zur fälligen Systemfrage drang auch Heym nicht vor. Im Roman "Auf der Suche nach Gatt" (1973) des allzeit linientreuen Erik Neusch wurde der Titelheld am 17. Juni von gewalttätigen "Konterrevolutionären" niedergeschossen.

Das gemeinste Dokument aber stammt von Stephan Hermlin, dessen Erzählung "Die Kommandeuse" (1954) aus einem Propaganda-Coup der SED einen zeitgeschichtlichen Mythos machte, den selbst Kritiker nie in Zweifel zu ziehen wagten. Am 17. Juni, lautete die propagandistische Vorlage, sei die verurteilte "KZ-Bestie" (E. Loest) Erna Dorn aus dem Gefängnis Halle an der Saale befreit worden. Anschließend habe sie die Menschen gegen den antifaschistischen Staat aufgehetzt und wurde dafür zum Tode verurteilt.

Bei Hermlin heißt die KZ-Kommandeuse Hedwig Weber, Gesinnungsgenossen holen sie aus dem Gefängnis "Saalfeld". Während sie sich darauf freut, "bald wieder (ihre) geliebte SS-Uniform" anzuziehen und mit dem "roten Pack" abzurechnen, wird dieser Aufstand der Unterwelt rasch niedergeschlagen, sie selber verhaftet und schließlich - Gerechtigkeit muß sein - zum Tode verurteilt.

Hermlin hat sich nach eigenen Angaben auf Gerichtsakten gestützt. Vor allem aber hat er in seiner Auftragsarbeit nicht bloß die SED-Lügen in elegante literarische Formen gegossen, sondern auch einen Justizmord gerechtfertigt. Denn neuere Studien haben zutage gefördert, daß die Herkunft der Dorn in Wahrheit nach wie vor unbekannt ist und es sich um eine hilflose, womöglich schwachsinnige Person handelte.

Publizistisch waren die DDR-Autoren ebenfalls nur Getriebene und fühlten sich der angegriffenen SED-Führung näher als den Protestierenden. In Umkehrung eines bekannten Goethe-Ausspruches konnten sie von sich sagen, an diesem Tag nicht bzw. nur als Objekte dabeigewesen zu sein! Ihr Verbandshaus in Berlin-Mitte lag nur ein paar Steinwürfe vom "Haus der Ministerien" entfernt, wohin die Bauarbeiter der Stalinallee zogen, um von der DDR-Regierung Rechenschaft zu verlangen.

Die Demonstranten rüttelten auch an der verschlossenen Tür des Schriftstellerhauses, so daß die versammelten Autoren sich für einen Verteidigungskampf von Stockwerk zu Stockwerk rüsteten. Der Verbandssekretär Kurt Barthel (genannt "Kuba") geriet in Panik. Die Fama geht um, er habe hilfeschend bei Brecht angerufen, doch der habe nur gespottet: "Kuba, Deine Leser kommen!"

Erst, als "es gefahrlos war, schwärmten die Schriftsteller aus" (S. Heym), agitierend, schreibend, Resolutionen verabschiedend. Vereinzelt übten sie Kritik an "Überspitzungen" der SED-Politik, doch vor allem wollten sie dem politischen Bewußtsein der Massen auf die Sprünge helfen. Selbst ein aufmüpfiger Zeitgenosse wie Erich Loest, der 1956 für acht Jahre ins Zuchthaus gesteckt wurde, fiel als Konsequenz aus den Ereignissen nur eine aufgeklärtenachrichtige Erziehungsdiktatur von Partei und Regierung ein.

Unter dem Titel "Elfenbeinturm und Rote Fahne" schrieb er: "Sie müssen aufmerksam auf das lauschen, was die Massen denken, sprechen, wollen, sie müssen gewissenhaft und liebevoll bemüht auf diese Gedanken, Gefühle und Wünsche eingehen und sie behutsam und geschickt in die Richtung lenken, die den Massen den größten Nutzen bringt."

Fast keinem Schriftsteller war bewußt, was die historische Stunde tatsächlich geschlagen hatte.

Brecht ließ es zu, daß seine verhaltene Kritik an Ulbricht durch Verstümmelung seines Briefes in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Erwin Strittmatter monierte die fehlende Offenheit in der Presse, war sich aber gleichzeitig sicher: "Hier demonstrieren streikende Arbeiter gegen sich selbst." Dem jungen Dieter Noll, der später mit dem Flak-Helfer-Roman "Die Abenteuer des Werner Holt" (1960) auch im Westen bekannt wurde, verhalf das "Putsch-Abenteuer der Faschisten" zu neuer Landserromantik: "Ich habe seitdem Nacht für Nacht im Betrieb Wache gehalten, in einem Verlag, der die Bücher von Lenin, Puschkin und Thomas Mann heraus-

gibt."

In der selbstkritischen und selbstironischen Autobiographie "Durch die Erde ein Riß", die 1981 im Westen erschien, hat Erich Loest anschaulich beschrieben, welches Kesseltreiben nach seinen gut gemeinten Presseartikeln gegen ihn einsetzte. Er wurde nun selber als "faschistischer Provokateur" bezeichnet, ihm drohte der Ausschluß aus dem Berufsverband, er fürchtete seine Verhaftung.

Er verschwieg allerdings, wie intensiv er danach Selbstkritik an seinen "begangenen Fehlern nach dem 17. Juni 1953" übte. In einem neunseitigen Schreiben versicherte er, der "faschistische Charakter der Provokation am 17. Juni ... war mir von der ersten Stunde an klargeworden". In seiner Not beschuldigte er Georg Stibi, den Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung": "Hätte mich der Genosse Stibi damals mündlich oder schriftlich auf meinen Fehler aufmerksam gemacht, hätte ich spätere Fehler nicht begangen." Das Dokument der erpreßten Selbstverleugnung endete mit einem Kniefall: "Ich stehe zur Partei, und ich kämpfe darum, ihr weiter anzugehören. Ich bitte die Partei, mir dabei zu helfen."

Das erstaunlichste Zeugnis jener Tage und Wochen aber stammt von dem längst vergessenen Schriftsteller Karl Grünberg (1891-1972). Grünberg war ein Altkommunist und gehörte in den zwanziger Jahren zum "Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller". Sein Aufsatz "Was sagen die SED-Genossen?" beschreibt in bitteren Worten die Zerstörung seiner jahrzehntlang gehegten Sozialismus-Träume durch die SED und zeigt zugleich, wieviel man 1953 auch aus linker Perspektive über die Aussichtslosigkeit des Projekts "DDR" wissen konnte - wenn man bereit war, ideologische Scheuklappen abzulegen!

Grünberg stellte in der Bevölkerung "tiefe Depression" und "Angst" fest, die von der "gleichgeschalteten Presse" jedoch übergangen würden. Die Reparationslasten, die das zerstörte Land zu tragen habe, der gleichzeitige Aufbau einer Armee und der Schwerindustrie, stellten eine Überforderung dar: "Nun ist der überspannte Bogen gerissen und nun sagt man zu uns: schämt euch mal." Die Eruption vom 17. Juni sei keine Überraschung gewesen: "Ich wußte, daß wir wenig beliebt, ja sogar verhaßt waren." Er warnte vor dem Glauben, der Bestand der DDR sei nun gesichert: "Ich meine, wir sind längst nicht über den Berg, denn auf sowjetischen Bajonetten kann man nicht lange sitzen."

Durch den 17. Juni sei die nationale Rhetorik der SED widerlegt worden: "Aus unserer Propaganda müssen wir die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen und Abzug aller Besatzungstruppen streichen, denn das nimmt uns keiner mehr ab. Ohne das Eingreifen der Sowjetfreunde wäre es uns sehr, sehr bescheiden gegangen."

Bei freien Wahlen würde die SED nur zehn Prozent der Stimmen erhalten. Die Funktionäre lebten in einer "selbstgewählten splendid-isolation, in der sie ihre Wünsche und Ideen für die Wirklichkeit nehmen. Etwas Ähnliches habe ich schon einmal 1932/33 erlebt, wo wir uns auch allerlei über den wachsenden revolutionären Willen der Massen vorgaukelten. Anscheinend ist nichts gelernt worden."

Die säuberliche Unterscheidung, ob der Aufstand vom 17. Juni nur ein sozialer oder auch ein politischer Protest war, ob er eine innersozialistische Reformbewegung darstellt, in welche die Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung von "westlichen Agenten" künstlich hineingetragen wurde, erscheint angesichts von Grünbergs frühen Einsichten müßig. Die sozialen Konflikte in der DDR konnten von den politischen Rahmenbedingungen nicht losgelöst werden, und daß politisch freie DDR-Bürger umgehend auch die Lösung der offenen deutschen Frage herbeigeführt hätten, kann als absolut sicher gelten. Das DDR-Gebilde wäre vom Erdboden verschwunden, die deutsche Teilung binnen Tagen aufgehoben worden.

Angesichts der globalen Kräfteverhältnisse aber konnte der 17. Juni nicht gelingen. Die Amerikaner fürchteten eine militärische Konfrontation mit den Russen und weigerten sich zum Beispiel, den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter, der zu diesem Zeitpunkt in Wien weil-

te, mit einer Militärmaschine nach Berlin einzufliegen und ihn eine auf russisch verfaßte Ansprache an die Soldaten der Roten Armee verlesen zu lassen.

Der moralische Gewinn hingegen, der sich noch nach fast fünfzig Jahren aus diesem Ereignis ziehen läßt, ist enorm. Das Klischee, die Deutschen seien durchweg autoritätshörig, politisch desinteressiert und auf machtgeschützte Innerlichkeit versessen, wurde durch den Aufstand widerlegt. Dieser frühe Aufstand gegen die zweite deutsche Diktatur war zugleich der erste innerhalb des roten Imperiums! Der 17. Juni 1953 ist ein Datum, an das sich voller Stolz erinnern läßt!<<

### **25.06.1953**

**BRD:** Der Bundestag beschließt am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" soll vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

### **Juni 1953**

**BRD:** Dr. Otto Ulitz (1885-1972, Sprecher der oberschlesischen Landsmannschaft) erklärt im Juni 1953 während seiner Rede vor der Delegiertenversammlung in Nürnberg (x155/40-41):

>>... Wir werden ein Europa schaffen, wenn jedes einzelne Volk die fremde Volkspersönlichkeit genau so anerkennt und achtet, wie es die Achtung und Anerkennung für seine eigene Volkspersönlichkeit fordert. ...

Staaten sind Schöpfung von Menschen, die Völker Schöpfung Gottes. Wir müssen dieses europäische Denken hineinsenken in unsere Brüder und Schwestern, wir müssen diese Gedanken hineinragen in unsere Jugend.

Die Aufgabe der Landsmannschaft erstreckt sich nicht in dem Kampf um materielle Güter, sondern vor allem in dem Gedanken der Sendung und der Rückkehr in die Heimat. Wir sind eine unglückliche Generation. Unsere Söhne ruhen auf den Schlachtfeldern der Welt, unsere unmittelbaren Erben leben nicht mehr. Unser Gedankengut sollen wir übertragen auf unsere Jugend, die in vollständig neue Verhältnisse hineinwächst. Und das ist das Schwere an der Aufgabe; unsere Jugend mit dem Gedanken an die Heimat vertraut zu machen und zu erfüllen. Vielleicht ist es aber noch schwerer, sie mit dem Willen zu beseelen, in die Heimat zurückzukehren.

Es könnte der Tag kommen, an dem uns die Heimat wieder offen steht und der Ruf "Zurück in die Heimat!" findet keine Gefolgschaft mehr. ...

Mit Worten ist nicht viel getan. Auf sie müssen Taten folgen. Ein Beweis unserer Lebenstüchtigkeit ist die Tatsache, daß unsere Arbeiter selbst im übervölkerten Westen unseres Vaterlandes untergekommen sind, weil man Arbeitskräfte dieser Art liebend gern nimmt.

Wir sind keine Almosenempfänger, wenn wir auch mit leeren Händen dastehen. Wir bringen Werte mit. Wir bringen aus dem Osten die Kraft der innersten Überzeugung mit, den Glauben an die sittliche Kraft unseres Volkes, den Glauben an die Rückkehr in unsere Heimat.

... Wir Menschen des Ostens haben zu Staat und Volk eine Beziehung, die man am besten ausdrücken kann, wenn man sagt: Wir lieben unser Vaterland!

Wir glauben und hoffen, daß der Tag kommen wird, an dem wir auf den Grundlagen echten Christentums und sittlicher Werte als freie deutsche Menschen in unsere Heimat in einem friedlichen Europa der freien Völker werden leben können.<<

### **11.07.1953**

**DDR und Ost-Berlin:** In der SBZ wird am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.

Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit wer-

den noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

#### **20.07.1953**

**West-Berlin:** Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) enthüllt am 20. Juli 1953 im Innenhof des Bendlerblocks ein Ehrenmal, daß an den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime erinnern soll.

Das Mahnmal (Bronzefigur eines jungen Mannes mit gebundenen Händen) trägt folgende Inschrift (x102/64):

>>Ihr trugt die Schande nicht –

Ihr wehrtet Euch –

Ihr gabt das große ewig wache Zeichen der Umkehr –

Opfernd Euer heißes Leben –

für Freiheit, Recht und Ehre.<<

**BRD:** Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. Selbstverständlich habe ich die von ihr wiedergegebene Äußerung nicht gemacht.

Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. Ich könnte mir da verschiedene Möglichkeiten denken.

Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzugewinnen. ...<<

#### **24.07.1953**

**BRD:** Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

#### **26.07.1953**

**BRD:** Die Landsmannschaft Westpreußen veranstaltet vom 25. bis zum 26. Juli 1953 in Hannover ihr Bundestreffen (x155/42): >>... 8 Jahre nach dem verhängnisvollsten Kriege sind Europa und die Welt nicht zur Ruhe gekommen, weil eines der grundlegenden Menschenrechte, das angeborene Recht auf Heimat, nach wie vor verletzt wird. ...

Westpreußen, seit über 700 Jahren deutscher Kulturboden, kann die Brücke zwischen 2 Völkern im Rahmen einer europäischen Neuordnung werden ...

Wir fordern unsere Heimat Westpreußen für uns in einem Europa des Friedens und der Freiheit.<<

#### **27.07.1953**

**Korea:** Nach langen Friedensverhandlungen wird am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea bleibt danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission soll den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbeding-

ten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

#### **04.08.1953**

**BRD:** Der 17. Juni wird am 4. August 1953 durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag ("Tag der deutschen Einheit") erklärt (x101/34): >>Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit geworden. ...<<

#### **23.08.1953**

**DDR:** Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/366-368): >>Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden Reparationen praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den 4 Alliierten festgelegt wurde, führte die Sowjetunion bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche Demontagen durch, von denen nicht bekannt ist, ob die Gegenwerte dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Eine Abrechnung über die Entnahmen wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.

Nach Unterlagen aus dem sowjetzonalen Amt für Reparationen und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d.h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzonaler Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Werte in folgender Form und Höhe entnommen.:

a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne Registrierung wurden riesige Sachwerte aus öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Milliardenbeträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen "bezahlten". Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muß mit 6 Milliarden Mark angenommen werden.

b) **Demontagen:** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demontierten und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten.

Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:

1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle 4 Alliierten räumten die Sowjets hier alle nur irgendwie demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallurgiebetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 % der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.

2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Großbetriebe der gan-

zen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionsstätten von Friedensindustrien abgebaut; Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken usw.

3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z.B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.

5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1.100 km Eisenbahngleise.

6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau.

Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren.

Der "Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung" gibt ... u.a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 %, eisenschaffende Industrie 80 %, Hohlziegelerzeugung 75 %, Zementindustrie 45 %, Papiererzeugung 45 %, Energieerzeugung 35 %, Schuhindustrie 30 %, Textilindustrie 25 %, Zuckererzeugung 25 %, Braunkohlenbergbau 20 %, Brikettfabriken 19 %.

... Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Milliarden Mark geschätzt.

c) **Ausgabe von Besatzungsgeld:** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nur ein Teil wurde für den eigentlichen Besatzungshaushalt verwendet. Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für den Kauf solcher Güter verwendet, die die Sowjets außer den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten.

Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende Uranbergbau für die Sowjets finanziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Milliarden Mark aufgewendet worden.

d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe:** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt. ... Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Milliarden Mark geschätzt. Sie dürfte höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 2,5 Milliarden Mark.

Vor der Übergabe in sowjetisches Eigentum mußten die Betriebe mit Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten ausgestattet werden. Vor dem Rückverkauf an die Sowjetzone wurden die Betriebe zum Teil von ihren Vorräten und Ausrüstungsteilen entblößt. Beide Formen der Entnahmen werden von Experten auf etwa 1 Milliarde Mark geschätzt.

e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion:** Seit Wiedereingangssetzung der Betriebe mußte die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der Sowjetunion, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee, Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen.

Nur die direkten Reparationslieferungen nach der Sowjetunion wurden als Reparationen anerkannt. Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als Reparationen

anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden "Stopp-Preise" des Jahres 1944 bezahlten, mußten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Subventionen aus Steuermitteln geleistet werden.

Nach Unterlagen aus dem Amt für Reparationen haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.

f) **Subventionen:** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preis-subventionen für direkte und indirekte Reparationslieferungen und für Reparationsnebenkosten, d.h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der Sowjetunion und für Versicherungen werden mit 6,15 Milliarden Mark geschätzt.

g) **SAG-Entnahmen:** Aus den SAG-Betrieben entnahmen die Sowjets an Gewinnen und fingierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Milliarden Mark. ...<<

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen der SBZ:

<b>Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:</b>	<b>Mark (Mrd.)</b>
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubventionen an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	2,55
<b>Insgesamt</b>	<b>69,95</b>

In dieser Zusammenstellung sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

### **06.09.1953**

**BRD:** Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

### **September 1953**

**BRD:** Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt.

Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

### **01.10.1953**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/129-130): >>1. Oktober 1953. Tausende von Menschen aus allen Teilen Deutschlands sind nach Friedland gekommen, um ihre Heimkehrer zu empfangen, ihnen an

den Zufahrtsstraßen zum Lager zuzujubeln, ihnen Blumen, Bücher, Geschenke zuzuwerfen, sie willkommen zu heißen.

Auch der Bundespräsident kam aus Bonn an die Zonengrenze, um auf dem großen Appellplatz des Lagers, "stellvertretend für das gesamte Volk", die Männer und Frauen aus der Gefangenschaft in seiner von Herzen kommenden Art zu begrüßen.

"Sie sollen spüren", so rief Theodor Heuss über den weiten Platz, "daß der seelische Grund des deutschen Volkes auf diesem Weg, der nicht immer leicht sein wird - wir sind kein Paradies. Sie stützen wird".

Die Heimkehrer lauschten still den Worten des alten Mannes, und sangen dann nachdenklich, aber aus tiefster Überzeugung: "Einigkeit und Recht und Freiheit ..."

Später schrieb der Bundespräsident in die Lagerchronik:

"Dieser 1. Oktober 1953, ein milder, blauer Herbsttag wird allen unvergeßlich bleiben, die die Heimkehr von 750 Männern miterlebten. Der Name Friedland soll für die Seele der Heimkehrten im wahren Sinne des Wortes Symbol ihrer Hoffnung bleiben.

Theodor Heuß."<<

### **05.10.1953**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.

Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.

Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...

Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –

"Gesucht wird ..."

Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<

Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtet damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.

In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.

Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.

Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig an-

zuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.

Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder-/Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.

Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Vertriebene dieser Arbeit entgegenbringt.

In seinen eigenen Nachforschungen nimmt sich das Deutsche Rote Kreuz insbesondere der Kinder, der in die Sowjetunion verbrachten deutschen Zivilpersonen, der im Ausland außerhalb der Sowjetunion in Lagern und Gefängnissen festgehaltenen Zivilpersonen und der in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße und in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen an. Zu den Hauptmitteln der Nachforschung gehört auch auf diesem Bereich die Befragung der Heimkehrer und Aussiedler.

Der Suchdienst Hamburg, der vom Deutsche Roten Kreuz mit der Zivilgefangenen- und Zivilvermißten-Nachforschung beauftragt ist, gliedert sich in drei Abteilungen, den Kindersuchdienst, die Abteilung für verschleppte Zivilpersonen und die Abteilung für im Ausland inhaftierte Zivilpersonen. ...

Vom DRK-Suchdienst waren insgesamt 90.000 Kinder als anhanglos aufgefunden erfaßt worden; von Eltern waren rund 195.000 Suchanträge nach Kindern eingegangen. Im März 1952 waren durch Kartei und Nachforschung genau 70.000 Kinder wieder mit ihren Eltern oder Angehörigen in Verbindung gebracht. Eine Anzahl Anträge hat sich auf andere Weise erledigt. Aber immer noch werden für 18.000 Kinder die Eltern gesucht, und immer noch wird nach 33.000 verschollenen Kindern geforscht. Seit längerer Zeit gleichbleibend werden monatlich 700 Kinder mit ihren Familien vereinigt, aber es gehen noch jeden Monat im Durchschnitt 80 neue Anträge ein.

Einige Zahlen über die Zivilgefangenen: Die Nachforschungen haben ein deutliches Bild über das lange ins Dunkel gehüllte Phänomen der Deportation ergeben. Man kennt jetzt die Sammellager und die Transporte, die 1945 aus Ostdeutschland und aus dem Donauraum nach Osten rollten, und kennt die Lager, in denen die Deutschen als "Displaced Persons" festgehalten werden.

Noch mindestens 190.000 sind an Wiederaufbauarbeiten in der Sowjetunion tätig. Unsere Hoffnung besteht darin, daß die Tatsache ihrer Entdeckung zur Erleichterung ihres Loses beitragen möge, daß ihnen z.B. Erleichterung im Schriftverkehr mit der Heimat gewährt werde und daß die Arbeitsverträge bald ablaufen, damit sie wieder zu ihren Familien nach Deutschland zurückkehren können. -

Über die deutschen Zivilpersonen, die noch in ausländischen Gefängnissen sitzen, haben Landsmannschaften, Heimatortskarteien, Rechtsschutzstellen und kirchliche Hilfswerke ihre

Unterlagen dem Suchdienst Hamburg zu treuen Händen übergeben. Durch Heimkehrerbefragung wurden sie auf den neuesten Stand gebracht. Es sind von den insgesamt 35.000 deutschen Zivilpersonen, die sich in ausländischen Haftanstalten befanden, schon fast die Hälfte mit Namen bekannt. Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<